

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 76 (2001)
Heft: 11

Rubrik: Standpunkt

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein verführerischer Titel

ERSCHLOSSEN

MF 498 1377



Einmal mehr hat es die GSoA, die Gruppe Schweiz ohne Armee, fertig gebracht, dass der Souverän als letzte Entscheidungsgewalt in unserem Land über dasselbe Ansinnen erneut zu entscheiden hat wie bereits vor zwölf Jahren.

Am 26. November 1989 ging die erste Armeeabschaffungsinitiative der GSoA über die Bühne. Damals lehnten sie 64 Prozent der Stimmenden ab. In der Zwischenzeit weiss man, dass nicht alle 36 Prozent der

damaligen Befürworter die Armee tatsächlich beseitigen wollte. Viele Ja-Stimmen waren als «Denkzettel» abgegeben worden, das heisst, einige Bürger erblickten in der Abstimmung eine Gelegenheit, anonym ihren ehemaligen militärischen Chefs für ungeschicktes oder ungerechtes Handeln einen Denkzettel zu verpassen. Es tut ja schliesslich gut, es «denen» einmal unerkant zurückzahlen zu können.

Zur Zeit der ersten Abschaffungsinitiative wankten die kommunistischen Diktaturen im Osten, und die Berliner Mauer fiel. Die Folge der sich 1989 abzeichnenden Auflösung des Warschauer Paktes und zwei Jahre später der Sowjetunion war wohl die Verlangsamung des Wettrüstens und das Verschwinden der kommunistischen Regimes, nicht aber die Einkehr von Friede und Ordnung. Ab 1991 wurde in Europa und in den Grenzen der früheren Sowjetunion Krieg geführt.

Pikant ist bei der Abstimmung vom kommenden 2. Dezember, dass die geforderte Armeeabschaffung durch eine zweite Forderung angereichert wurde, nämlich mit derjenigen für einen «freiwilligen Zivilen Friedensdienst». Damit werden innerhalb von 15 Jahren sage und schreibe acht Volksbegehren, deren Ziele die Schwächung oder eben gar Beseitigung der Armee war und ist, Gegenstand einer Volksabstimmung gewesen sein.

Wer sich gut erinnert, weiss, dass sich der Souverän nicht so leicht irreführen lässt. Alle diese Initiativen wurden verworfen. Das Stimmvolk liess sich nicht verführen. Das lässt sich belegen durch zwei weitere stattgefundene Abstimmungen. 1991 reichten die Sozialdemokraten die Initiative für ein «Verbot der Kriegsmaterialausfuhr» ein. Sie wurde am 8. Juni 1997 mit 77,4 Prozent der Stimmenden und von allen Ständen verworfen. Auch das Ergebnis des Urnengangs vom 26. November 2000, es ging um die «Umverteilungsinitiative» der Sozialdemokraten, war eindeutig: 62 Prozent der Stimmenden haben die Reduktion der Militärausgaben um 50 Prozent verworfen.

Alle seit 1987 den Bürgerinnen und Bürgern vorgelegten Initiativen scheiterten, weil sie sicherheitspolitisch-aussenpolitisch, im Fall der Kriegsmaterialausfuhr auch wirtschaftspolitisch unseriös waren. Sie hatten ignoriert, was auf dem betreffenden Gebiet von der Schweiz bereits getan worden war, zum Beispiel, dass die Militärausgaben ab 1990 massiv reduziert wurden.

Für die Abstimmung vom kommenden 2. Dezember gilt diese Kritik erst recht. Schon der Titel der einen Initiative klingt nach einer Volksverführung, lautet er doch: «Für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik und eine Schweiz ohne Armee». Voraussetzung einer wirksamen Sicherheitspolitik ist nach wie vor eine Streitkraft. Kein Land

schafft die Armee ab. Armeen werden gerade in jüngster Zeit mehr oder weniger tief greifend reorganisiert – so auch unsere Armee; vielfach werden höhere Militärausgaben verlangt und in mehreren Staaten auch beschlossen.

Auch der Nationalrat hat in seiner Juni-Session kein Gehör gezeigt für die Armeeabschaffungsinitiative der GSoA. Mit 108 zu 33 Stimmen bei elf Enthaltungen lehnte er das Begehren ab und folgte damit den Empfehlungen von Bundesrat und Ständerat. Unterstützung bekamen die GSoA-Aktivistinnen einzig von den Grünen und einem Teil der Sozialdemokraten. Die Bürgerlichen stellten sich geschlossen gegen die Initiative der Gruppe Schweiz ohne Armee. «Eine Sicherheitspolitik ohne Armee kann nicht glaubwürdig sein», sagte Nationalrat Toni Eberhard (CVP/SZ). Die Schweiz würde sich damit aus der internationalen Solidarität verabschieden. Kritisiert wurde im Rat auch, dass das Volk nach 1989 erneut über ein solches Begehren entscheiden müsse. «Es reicht nicht aus, jahrelang Falsches zu wiederholen, um was Richtiges daraus zu machen», sagte Nationalrat Serge Beck (LSP/VD). Schliesslich verteidigte der Chef VBS, Bundesrat Samuel Schmid, vor der kleinen Kammer die bewaffnete Armee. «Die Ursachenbekämpfung nützt nichts, wenn das Böse direkt vor einem steht», sagte der Verteidigungsminister.

Bei der Sozialdemokratischen Partei, die Stimmfreigabe beschloss, waren die Meinungen geteilt. Nationalrat Mario Fehr (SP/ZH) befürchtete, dass die Initiative im Gegensatz zur ersten, die Reformen eingeleitet und eine Diskussion über die Armee ermöglicht habe, die Nationalisten stärke. Andreas Gross (SP/ZH), der wegen der Lancierung der Initiative vor vier Jahren aus der GSoA ausgetreten war, sagte, «das Dilemma zwischen Abrüstung und internationaler Zusammenarbeit muss anders gelöst werden». Anita Fetz (SP/BS) stimmte zwar für das Begehren, allerdings «mehr aus Nostalgie denn aus Begeisterung». Uneingeschränkte Unterstützung fand das Begehren hingegen bei den Grünen. «Die Schweiz und die Welt brauchen keine Schweizer Armee», sagte Franziska Teuscher (Grüne/BE). Für die GSoA haben die Auseinandersetzungen um die Militärgesetzrevision und die Armeeabschaffungsinitiative die Uneinigkeit der Bürgerlichen über den Zweck der Armee deutlich gemacht. Die Schweizer Bürger müssten dem ein Ende setzen und für eine Schweiz ohne Armee aber mit zivilen Lösungen stimmen. Die Initiative «Für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik und eine Schweiz ohne Armee» war im September 1999 mit 110 842 Unterschriften eingereicht worden. Sie fordert die Auflösung der Armee innert zehn Jahren. Die Sicherheitspolitik soll auf den Abbau konfliktträchtiger Ungerechtigkeiten im In- und Ausland ausgerichtet werden. Bewaffnete Friedenstruppen im Ausland wären möglich.

Für die Abstimmung vom 2. Dezember 2001 heisst es daher: Der Kampf muss geführt und die besonnene Mehrheit mobilisiert werden.

Denken Sie an die Parole: «Hütet Euch am Morgarten!»

Werner Hungerbühler, Chefredaktor